

DER SPIEGEL

DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

DEUTSCHLAND

BONN

BUNDESVERSAMMLUNG

Neue Lage

Wenn ich abends zu Bett gehs, denke ich absichtlich nicht an Berlin. Wenn ich es täte, würde ich nie einschlafen.

Dean Rusk, ehemaliger US-Außenminister.

Wir lassen mit uns reden“, offerierte SPD-Vize Herbert Wehner am letzten Mittwoch, „ob wir die Bundesversammlung jedesmal in Berlin tagen lassen.“

Zwei Wochen vor dem 5. März, an dem 1036 bundesdeutsche Wahlmänner in der Berliner Ostpreußenhalle den neuen Bundespräsidenten küren sollen, bekam das politische Establishment Angst vor der eigenen Courage. Angesichts immer härterer östlicher Drohungen, die Bundes-Demonstration mit Repressalien gegen Berlin zu beantworten, wichen Durchhalte-Parolen der Kompromißbereitschaft:

Mit einem Wechsel auf künftiges Wohlverhalten wollen deutsche Regierer erreichen, daß die Sowjet-Union ein letztes Mal die Präsidentenwahl in West-Berlin duldet.

Überdeutlich sagte es Franz-Josef Strauß beim CSU-Aschermittwoch im bayrischen Vilshofen: „Ich mache kein Hehl daraus... daß die CSU-Vertreter in Bonn und ich an der Spitze vorgeschlagen haben, die Wahl des Bundespräsidenten von nun an im Wechsel in allen Hauptstädten der Länder des Bundesgebietes vorzunehmen. Meine Meinung war, mit Risiko behaftete Entscheidungen nur dort zu treffen, wo man nicht am kürzeren Hebel sitzt.“

Und Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Schütz, der noch Ende Januar jeden Verzicht auf Gewohnheitsrechte des Bundes in West-Berlin weit von sich gewiesen hatte („Können und dürfen wir nicht“), lenkte am letzten Mittwoch ein: Unter Umständen werde „West-Berlin über einen Verzicht auf bestimmte demonstrative Bekundungen der unmittelbaren politischen Präsenz des Bundes mit sich reden lassen“.

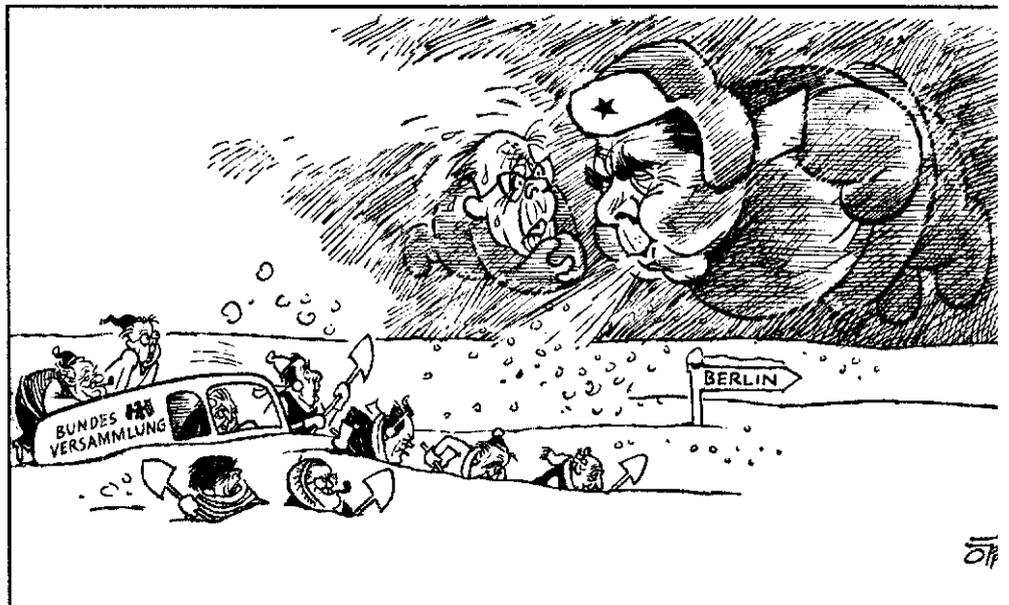
Erst nachdem die DDR am 8. Februar eine Durchfahrtsperre für Mitglieder und Mitarbeiter der Bundes-

versammlung verhängt hatte, begannen die Bonner, Walter Ulbricht und seine Moskauer Verbündeten ernst zu nehmen. Erst jetzt überlegten sie, welche Schikanen gegen West-Berlin möglich seien, und entdeckten einen unerfreulich langen Katalog (siehe Seite 26).

In Bonn dämmerte nun sogar die Erkenntnis, daß Ulbricht auch die Bundesversammlung sprengen könnte.

Hassel kalkuliert ein, daß einige Wahlmänner aus Gesundheitsgründen nicht fliegen dürfen und somit, da der Landweg ihnen versperrt ist, nicht nach Berlin gelangen können.

Auf ein weiteres drohendes Hemmnis machten den Bundestagspräsidenten Innenminister Bendas Verfassungsschützer aufmerksam. Nach ihren Ermittlungen erwägt die NPD, ihre 22 Wahlmänner im Omnibus an den



Ruhr-Nachrichten

Angesichts der labilen Mehrheitsverhältnisse in der Versammlung (SPD-Kandidat Gustav Heinemann braucht zum Sieg 70, CDU-Konkurrent Gerhard Schröder 37 zusätzliche Stimmen) hat es die DDR möglicherweise in der Hand, die Wahlentscheidung zu verhindern.

Zwar wäre die Bundesversammlung formell bei Anwesenheit von mehr als der Hälfte ihrer Mitglieder (mindestens 519) beschlußfähig, aber der neue Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel meint, daß es „bei dieser hochpolitischen Entscheidung mit diesem Quorum nicht getan ist“. Für ihn entstände schon eine „neue Lage“, wenn „eine gewisse Zahl“ von Wahlmännern gewaltsam an der Teilnahme gehindert werden sollte.

Grenzkontrollpunkt Helmstedt/Marienborn zu schicken und damit eine Zurückweisung durch DDR-Grenzer zu provozieren. Sollte die Bundesversammlung dann ohne die NPD Lübkes Nachfolger wählen, wollen die rechten Deutschen — so ermittelten Bendas Spione — die Wahl anfechten.

So will Hassel erst in Berlin, wenn er die Zahl der Angereisten überblicken kann, endgültig über den Beginn des Wahlakts entscheiden.

Sein Hausjurist, Ministerialrat Blischke, spielt „natürlich nur ganz theoretisch“ die Möglichkeiten durch: Falls zu viele Delegierte Berlin nicht erreichen (Blischke: „50 genügen schon“), könnte Hassel noch vor Eröffnung der Bundesversammlung von seinem Einberufungsrecht Gebrauch machen und einen anderen Wahlort

bestimmen; oder er könnte nach der Eröffnung die Entscheidung, ob in Berlin abgestimmt werden soll, dem Wahl-Kollegium überlassen.

Mitten in die ratlosen Denkspiele zwei Wochen vor der Wahl lancierte West-Berlins Schütz ein Papier, das die politischen Folgerungen aus der von Bonn heraufbeschworenen Berlin-Krise deutlich macht: Er veröffentlichte „Studien zur Lage und Entwicklung West-Berlins“, die von fünf Professoren im Auftrag des Senats erarbeitet worden waren.

Die Professoren hatten verschiedene Modelle für den künftigen Status der Stadt entworfen. Eines sieht vor, daß die wirtschaftlichen, rechtlichen und finanziellen Bindungen Berlins an den Bund zwar unangetastet bleiben, Bundesregierung wie Senat aber zu einem „allmählichen, stillschweigenden Verzicht“ auf Teile der politischen Präsenz des Bundes in Berlin bereit sind. Gedacht ist an die Abkehr von demonstrativen Bundesveranstaltungen sowie an die Auflösung einiger der rund 60 Bundesbehörden in West-Berlin*. Davon erhoffen die Autoren, daß die DDR den Verkehr auf den Zufahrtswegen nicht mehr stört.

Schütz zeigte sein plötzlich erwachtes Interesse an solchen Vorschlägen, indem er die Studie, die ihm seit dem 5. Februar vorlag, am letzten Dienstag in aller Eile publik machte.

Um Realismus bemühte sich letzte Woche auch Herbert Wehner. Der SPD-Vize, wie Kiesinger ursprünglich Gegner der Berliner Versammlung, brütete mit dem CDU-Kanzler ein Konzept aus, das es Bundesdeutschen und Sowjets erleichtern sollte, das Gesicht zu wahren: Durch offiziell verkündeten Verzicht auf künftige Berlin-Demonstrationen solle Bonn versuchen, sich noch einmal Moskaus Stillhalten einzuhandeln.

In die gleiche Richtung wird US-Präsident Nixon seine Bonner Gesprächspartner in dieser Woche zu drängen versuchen. Nixon will zwar den Status quo Berlins erneut garantieren, aber auch klarmachen, daß über diesen Status verhandelt werden könne.

Darin hat ihn Sowjet-Botschafter Dobrynin bei seiner letzten Vorsprache im Weißen Haus bestärkt. Dobrynin versicherte Nixon, daß der Besuch des amerikanischen Präsidenten in Berlin selbstverständlich nicht gestört werde, bat ihn aber zugleich, Kiesinger zu einer Absage der Berliner Bundesversammlung zu veranlassen. Nixon versprach, dies auszurichten.

Für den Freitag letzter Woche hatte sich auch Kurt Georg Kiesinger vorgenommen, dem von Bonn ausgelösten Zwang folgend eine Berlin-Politik in

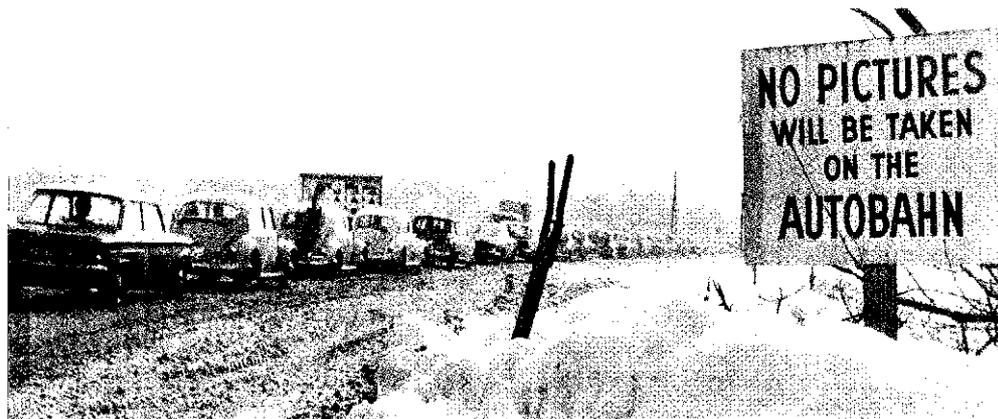
* Unter den 60: Bundespräsidialamt Schloß Bellevue; Vertretungen von 13 Bundesministerien; Bundestagsverwaltung Reichstagsgebäude; Bundeskartellamt; Bundesverwaltungsgericht; 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofs; Bundesversicherungsanstalt für Angestellte.

Gang zu setzen: Er hatte ein Gespräch mit Sowjet-Botschafter Semjon Zarapkin über die Bundes-Präsenz in Berlin locker vereinbart. Aber dann schwankte der Kanzler so lange, ob er selbst oder nicht doch das Auswärtige Amt der richtige Gesprächspartner für Zarapkin sei, bis es für ein Gespräch am Freitag zu spät wurde.

Noch Anfang vergangener Woche, als der stellvertretende FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher die Regierung aufforderte, gemeinsam mit den drei Bundestagsparteien die Entscheidung für Berlin noch einmal zu „überprüfen“, war Kiesinger sich sicher gewesen: „Wir haben jetzt einen Punkt

den Beschluß, die Bundesversammlung zum 5. März nach Berlin einzuberufen, nicht mehr rückgängig machen, ohne Gesicht zu verlieren.

„Wenn das freie Berlin so wie vor 10 und 20 Jahren den Angriff bestehen soll“, verkündete trotz der CDU-Bundestagsabgeordnete Johann Baptist Gragl, „dann muß von Anfang an widerstanden werden.“ Und trutzig wie ch sind auch die West-Berliner: Eine Blitzumfrage des Senats ergab letzte Woche, daß 90 Prozent für die Wahl des Lübke-Nachfolgers in West-Berlin eintreten, und 40 Prozent wollen dafür notfalls eine neue Blockade in Kauf nehmen.



Stau auf der Autobahn Berlin-Helmstedt: Manöver an der Grenze

erreicht, wo wir die Berlin-Entscheidung nicht mehr rückgängig machen können.“

Sein Pressesprecher, der ehemalige Fallschirmjäger Conrad Ahlers, auf die Frage, ob denn für den Notfall wenigstens ein Ersatz-Wahlort vorgesehen sei: „Nicht daß ich wüßte, weil wir davon ausgehen, daß sich Deutsche immer durchschlagen.“

ZUFAHRTSWEGE

Maß des Ärgers

DDR-Chef Walter Ulbricht sagte 1961: „Man kann die Kontrolle erleichtern, man kann sie auch verstärken.“

Das gilt immer noch — und erst recht, seit feststeht, daß auch der künftige Bundespräsident in der alten Reichshauptstadt gewählt werden soll. In der letzten Woche wurde in Bonn und Washington, London und Paris gerätselt, „ob Moskau und Ost-Berlin die Bundesversammlung sehr massiv, weniger massiv oder gar nicht stören werden“ („Der Monat“).

Die jüngsten Drohungen und Demarchen aus dem Osten („Den widerrechtlichen Machenschaften der Bundesrepublik ... wird nach wie vor eine entschiedene Abfuhr erteilt werden“) deuten auf die Entschlossenheit Moskaus und Ost-Berlins, zumindest „weniger massiv“ zu stören. Und in der Bundesrepublik wird landauf, landab mit Festigkeit bekundet, man könne

„Das volle Maß des Ärgers ist schon gezeigt“, kommentierte die „FAZ“: „Was soll nun während zweier langer Wochen (bis zur Wahl des Bundespräsidenten) geschehen?“

Was — außer dem bereits von der DDR verhängten Durchreiseverbot für Mitglieder der Bundesversammlung und deren Mitarbeiter — geschehen könnte, ist leicht auszumalen. Die DDR verfügt über mannigfache Mittel, West-Berliner, Westdeutsche und Alliierte zu zwicken und zu zwacken — zu Lande, zu Wasser und in der Luft.

Die Skala möglicher Störungen reicht von psychologischer Kriegführung, etwa durch Tiefflüge sowjetischer Düsenjäger im West-Berliner Luftraum und den bereits angekündigten Manövern in der DDR, über bürokratische und finanzielle Behinderungen, etwa bei der Zollabfertigung an den DDR-Grenzübergängen, längere Antragsfristen für Durchreisevisa und höhere Autobahngebühren, bis hin zur partiellen oder gar völligen Blockade der Insel, die vom republikanischen Festland abhängig ist. Die Stadt bezieht alljährlich über zehn Millionen Tonnen Güter aus Westdeutschland, davon rund 5,6 Millionen auf dem Landweg, rund 4,8 Millionen auf dem Wasserweg und rund 3000 Tonnen auf dem Luftweg.

Und jede dieser Störungen ist, zum Teil in Varianten, vom Osten durchgespielt worden. Zweimal in zwei Jahrzehnten beschwor der Nervenkrieg sogar Kriegsgefahr herauf: 1948